

Soziale Hilfsarbeit oder Mindestlohn – die Politik weiß nicht, was sie will

Orientierungslos in der Arbeitswelt

Von Gerd Held

Als die SPD-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, vor ein paar Wochen die Idee äußerte, Langzeitarbeitslose stärker gemeinnützig arbeiten zu lassen, hatte sie einen richtigen Punkt berührt. Damit wurde anerkannt, dass es viele Menschen gibt, die nur in ertragsschwachen Tätigkeiten Arbeit finden. Endlich war einmal nicht der Mindestlohn das wichtigste Thema der Arbeitsmarktpolitik. Auch die folgende öffentliche Diskussion machte zunächst Hoffnung. Für einen Moment schien es so, als könne man nun offen und ohne Vorurteile über den Niedriglohnsektor sprechen, der längst zur Realität des Lebens in Deutschland gehört. Der von früh geöffnete Kiosk am Bahnhof, das Packen, Sortieren und Zustellen von Gütern, die Betreuung von alten oder kranken Menschen, einfache Sanierungsarbeiten im Haus, das Reinemachen und Entrümpeln, die Gartenpflege, ein Szeneviertel mit langen Öffnungszeiten, die Kulissenarbeiten der kulturwirtschaftlichen Events und Filmproduktionen – unser Land wäre viel ärmer, wenn es nicht längst eine Unmenge helfender Hände gäbe, die zu Löhnen weit unterhalb von 8,50 Euro arbeiten. Und das zuverlässig und professionell. Diese Niedriglöhner sind nicht das Opfer besonders rücksichtsloser Ausbeuter, sondern arbeiten meist in einer „Unterschicht“ von Unternehmen, die sich auch nur mit geringen Erträgen über Wasser halten.

Es gäbe also viel zu besprechen über die heutige Arbeits- und Wirtschaftswelt. Wenn Frau Kraft im Bereich gemeinnütziger Arbeiten Beschäftigung für sehr niedrige Löhne als legitim anerkennt, dann ist das gut und erweiterungsfähig. Warum sollte es weniger legitim sein, wenn auch

Privatunternehmen auf ertragsschwachen Märkten, wo man den Laden für ein paar Euro offen halten muss, solche Löhne zahlen? Mehr Menschenwürde bringt es jedenfalls nicht, wenn nur der Staat den Schneeschaukel-Einsatz kommandiert. Betrachten wir den Pflegebereich: Dort kann die Arbeit so umorganisiert werden, dass Fachkräfte von einfachen Handreichungen entlastet werden und diese auf einer niedrigeren Entlohnungsstufe angesiedelt werden. Ein Pflegeheim würde dadurch insgesamt an Betreuungsdichte gewinnen. Ganz ohne deklarierte Gemeinnützigkeit würde die Wohlfahrt aller Beteiligten gewinnen. Der Mindestlohn-Ansatz verhindert die Auskopplung einfacher Verrichtungen. Geht es um die besondere Qualität der Pflegetätigkeiten? Mitnichten, denn der Gesetzgeber lässt ja Pflegeleistungen von Angehörigen für geringes Pflegegeld zu. Warum nicht auch am Arbeitsmarkt? In Zeiten lockerer Familienbande ist es insgesamt falsch, einfache Hilfstätigkeiten nur auf die Figur des „mithelfenden Familienangehörigen“ zu beschränken. Eine moderne Arbeitswelt braucht eine neue Stufe, auf der sich solche Hilfstätigkeiten professionalisieren können. Als Schattenwirtschaft existieren sie schon längst, ob es nun um Pflegen, Reinigen, Bauen, Transportieren, Packen oder Wachen geht.

Gewiss gibt es gegen einen solchen Schritt gewichtige Einwände. In mancher Hinsicht ähnelt er dem Schritt vom Zunft Handwerk zur Industriearbeit. Auch damals war von Entfremdung und Entwürdigung die Rede. Heute wird wieder von einer unaufhaltsamen Spirale der Herabstufungen gesprochen. Die Magie des Mindestlohn-Vorschlags besteht im Versprechen, diese Spirale ein für allemal anzuhalten.

Aber im Grunde ist das ein pessimistischer Vorschlag. Er vertraut nicht darauf, dass viele qualifizierte Tätigkeiten unauflöslich sind und sich halten werden. Die Gewerkschaften trauen ihren Betriebsräten nicht mehr zu, eine neue untere Tätigkeitsstufe in den Betrieben vernünftig mitzubestimmen. Ihre Resignation zeugt von einer wachsenden Betriebsferne. Auch die Forderung, jeder Mensch müsse von seinem Lohn leben können, zeugt nicht von Vertrauen in die Menschen, die – in den großen Städten schon seit längerem – Lebensgemeinschaften mit einem Einkommens-Patchwork bilden. Der Mindestlohn wird

nicht das letzte Wort in der sozialen Welt von morgen sein.

Es gibt also viel zu besprechen, ohne Vorverurteilungen, mit weniger Groll in der Stimme. Wir brauchen in sozialen Fragen eine andere Tonlage im Land. Aber ausgerechnet jetzt vollzieht die Bundesregierung einen Kurswechsel und führt ausgerechnet im Schlüsselbereich „Pflege“ einen Mindestlohn ein. Ältere, richtige Bedenken werden von der zuständigen Ministerin, nach Gutsherrenart, vom Tisch gewischt. So erstickt man die Reformdiskussion im Land, bevor sie richtig begonnen hat.

(Manuskript vom 30.3.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 6.4.2010)